Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Pos.-Konto: Nr. 21 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bez. 20, außerh. 25 ₰, Rekl.-Z. 80 ₰ mit Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größ. Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 149. | Mittwoch, den 30. Juni 1926. | 84. Jahrgang.

Deutschland.

Stuttgart, 29. Juni. Die Abgg. Roos und Dr. Schott (SD) haben folgende Kleine Anfrage eingebracht: Ist die Staatsregierung bereit, in ähnlicher Weise wie Preußen und Bayern, Saarländern, die an württ. Hochschulen studieren, und infolge des Sinkens des Frankens in wirtschaftliche Not geraten sind, aus den verfügbaren Mitteln eine Studienbeihilfe zu gewähren? Ist das Staatsministerium bereit, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß die württembergische Industrie an den Lieferungen für die Reichsbahn in einer dem Umfang des württ. Bahnverkehrs und der Produktionsfähigkeit der württ. Industrie entsprechenden Weise beteiligt wird?

Stuttgart, 29. Juni. Wie dem „Neuen Tagblatt" berichtet wird, ist beabsichtigt, einen Austausch von Beamten der württembergischen und der bayerischen Staatsverwaltung zu bewerkstelligen.

Berlin, 29. Juni. Seit dem Ableben des Geheimrats Arnhold im August v. J. ist ein Sitz im Verwaltungsrat der Reichsbahn frei. Wie mehreren Blättern zufolge verlautet, ist von der Reichsregierung erwogen worden, für diesen Sitz den ehemaligen Reichskanzler Dr. Luther vorzuschlagen. An Dr. Luther ist bisher mit einem Ersuchen nicht herangetreten worden. Außerdem dürften auch noch Verhandlungen mit der preußischen Staatsregierung stattfinden.

Berlin, 29. Juni. Im Organ des Reichskanzlers wird nochmals vor einer Verschleppung der Abfindungsfrage und deren politischen Folgen gewarnt. — Die Verschiebung der dritten Lesung des Abfindungsgesetzes auf Freitag benutzt die Sozialdemokratie, um noch weitere Zugeständnisse aus den Regierungsparteien herauszuschlagen. — Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat sich dem Gewerkschaftsantrag auf Verlängerung der Zollerleichterungen um 4 Monate angeschlossen.

Das endgültige Abstimmungsergebnis des Volksentscheids in Württemberg.

Das endgültige Abstimmungsergebnis des Volksentscheids der Enteignung der Fürstenvermögen im 31. Stimmkreis, Württemberg mit Regierungsbezirk Sigmaringen, ist wie folgt festgestellt worden: 1. Gesamtzahl der Stimmberechtigten 1 646 924, 2. Abgegebene Stimmscheine 8119, 3. Ungültige Stimmzettel 8514, 4. Gültige Stimmzettel 562 722, 5. Gültige Ja-Stimmen 563 544, 6. Gültige Nein-Stimmen 19 178.

Verordnung über gesetzliche Miete.

Die neue Verordnung des Ministeriums des Innern über gesetzliche Miete läßt die seit 1. April 1926 geltende gesetzliche Miete von 100 v. H. der Friedensmiete für Wohnräume und von 110 v. H. für die noch bewirtschafteten Geschäftsräume grundsätzlich bestehen. Eine Erhöhung auf 105 v. H. für bewirtschaftete Geschäftsräume gilt jedoch vom 1. Juli ab für Räume in solchen Gebäuden, für die der volle Satz der Gebäudeentschuldungssteuer zu entrichten ist. Durch das vom Landtag nunmehr verabschiedete Gesetz über die Gebäudeentschuldungssteuer erhöht sich entsprechend den reichsgesetzlichen Bestimmungen die Gebäudeentschuldungssteuer mit Wirkung vom 1. April 1926 ab von bisher rund 20 auf 35 Prozent der Friedensmiete. Diesen vollen Satz haben indessen nur die Eigentümer solcher Gebäude zu entrichten, deren dingliche privatrechtliche Belastung am 31. Dezember 1918 über 30 Prozent des Gebäudesteueranschlags betragen hat (§ 4 Abs. 3 des Reichsgesetzes über den Geldentwertungsausgleich bei bebauten Grundstücken vom 1. Juni 1926, Reichsgesetzblatt I, S. 251). Für Gebäude, die an jenem Stichtag unbelastet oder nur bis zu 30 Prozent des Gebäudesteueranschlags belastet waren, wird die Steuer auf Antrag des Eigentümers bis auf zwei Siebtel des vollen Steuersatzes (d. i. bis auf 10 v. H. der Friedensmiete) ermäßigt, weil das Gesetz davon ausgeht, daß die Eigentümer dieser Gebäude einen Geldentwertungsgewinn durch Entschuldung von ihren Hypotheken usw. nicht oder nur in geringem Umfang gemacht haben. Diese Hausbesitzer müssen nach wie vor mit einer gesetzlichen Miete von 100 Prozent auskommen. Dagegen ist nicht zu verkennen, daß bei den vollbesteuerten Sondereigentümern die Gesamtbelastung mit Steuern, Umlagen und Abgaben außerordentlich hoch geworden ist, daß am 1. Juli 1926 die Mieten 100 Prozent der Friedensmiete erreicht haben müssen und daß diese Miete bis zum 31. März 1927 nur überschritten werden darf, soweit dies zur Sicherstellung des Steueraufkommens aus der Gebäudeentschuldungssteuer erforderlich ist. Von dieser Ermächtigung zur Ueberschreitung der Friedensmiete hat das Ministerium des Innern gemäß einem Beschluß des Landtags nunmehr Gebrauch gemacht. Von der Verpflichtung zur Bezahlung der erhöhten Miete für Wohnräume sind Mieter ausgenommen, die erwerbslos oder Kurzarbeiter sind. Bei den noch bewirtschafteten Geschäftsräumen ist eine gleiche Befreiung nicht vorgesehen.

Die näheren Bestimmungen darüber, wie der Hausbesitzer dem Mieter die Heranziehung seines Gebäudes zur vollen Gebäudeentschuldungssteuer nachzuweisen und wie umgekehrt der Mieter seine etwaige Erwerbslosigkeit oder Kurzarbeit darzutun hat, können erst im Lauf des Monats Juli veröffentlicht werden, wenn die Ausführungsvorschriften zum Gesetz über die Gebäudeentschuldungssteuer vorliegen. Die Hausbesitzer, für die die erhöhte Miete in Betracht kommt, können daher für den Monat Juli, auch wenn im übrigen Vorauszahlung der Miete oder der Betriebskosten vereinbart ist, die neue Erhöhung erst auf Monatsende erheben.

Die Finanzlage des Reiches.

Berlin, 28. Juni. Im Haushaltsausschuß des Reichstags hielt heute Finanzminister Reinhold eine Darstellung der Finanzlage des Reiches, in der er betonte, daß die Finanzen sich nur in Ordnung halten ließen, wenn keine neuen Ausgaben mehr gefordert werden würden. Der Reichshaushalt könne ohne Defizit abschließen unter der Voraussetzung, daß die wirtschaftliche Lage keinen weiteren Rückschlag erleide und daß der Reichstag und die Reichsregierung nicht zu neuen Ausgaben drängten. Gegenüber den Vorwürfen, die gegen die Aenderung des Bankgesetzes erhoben würden, müsse er darauf hinweisen, daß schon lange vor Inangriffnahme der Steuervermilderungen durch seinen Amtsvorgänger ein Zinsbetrag von 20 Millionen Mark in den Etat eingestellt worden sei, der der Ausgabe von Schatzwechseln habe dienen sollen. Dieser Betrag entspräche einer Ausgabe von 400 Millionen Mark Schatzanweisungen. Er müsse den Vorwurf zurückweisen, daß erst seine Finanzpolitik dazu die Notwendigkeit geschaffen habe. Im übrigen läge gar keine Notwendigkeit vor, im Augenblick zur Begebung von Schatzwechseln zu schreiten. Das abgelaufene Etatsjahr habe mit einem Ueberschuß von 180 Millionen abgeschlossen. Für die Monate April und Mai dieses Jahres habe sich bereits wieder ein Ueberschuß von 68,3 Millionen Mk. bzw. 7,1 Millionen ergeben, wenn man die Monatszwölftel der in den Etat eingestellten Ueberschüsse für 1924/25 nicht mitberücksichtige. Im weiteren Verlaufe seiner Rede erklärte Reichsfinanzminister Dr. Reinhold weiter, die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts betrügen für April und Mai 96,3 Millionen und seien bisher aus laufenden Mitteln gedeckt. Die Reichskasse müsse mit einer durchschnittlichen Monatsausgabe von 30 Millionen für die Erwerbslosenfürsorge rechnen. Der Minister ging weiter die einzelnen Steuerarten durch, bei denen teilweise in den ersten Monaten des neuen Jahrs ein Minus, in anderen Fällen aber ein Plus gegenüber den Schätzungen zu verzeichnen sei. Er schloß mit der Versicherung, daß der Haushalt ohne Defizit abschließen könne, der Etat aber so angespannt sei, daß keinerlei Forderungen mehr bewilligt werden könnten. Der Ausschuß nahm schließlich die Novelle zum Bankgesetz an und bestätigte dann noch die Beschlüsse des Wohnungsausschusses über die Bereitstellung von Mitteln für Siedlungszwecke der Liquidationsgeschädigten.

Die Kosten für die Erwerbslosen.

Nach dem Stande Mitte Juni 1926 kommen auf 1000 Einwohner in abgerundeten Zahlen im Reich 28 Erwerbslose, in Preußen 28, in Bayern 21, in Sachsen 40, in Württemberg 17, in Baden 30, in Hessen 37. In Berlin ist die entsprechende Zahl 48, in Ostpreußen 9, in Pommern 14, Provinz Sachsen 23, Westfalen 38. Die stärksten Industriebezirke, Berlin, das Land Sachsen und die Provinz Westfalen sind also am stärksten betroffen. Die Ausgaben betrugen im Monat April für etwa 1,8 Millionen Hauptunterstützungsempfänger 113 Millionen. Auf das Jahr errechnet sich eine Gesamtbelastung von rund 1200 Millionen Mark, von denen 400 Millionen durch Beiträge, 800 Millionen durch das Reich, die Länder und Gemeinden aufgebracht werden.

Der Barmat-Prozeß wieder vertagt.

Berlin, 29. Juni. Der Barmatprozeß, der ursprünglich im Herbst dieses Jahres stattfinden sollte, ist, wie ein Berichterstatter meldet, um sechs bis sieben Monate verschoben worden. Es hat sich nämlich unglücklicherweise herausgestellt, daß Landgerichtsdirektor Neumann, der in dem Prozeß den Vorsitz führen sollte, ausgerechnet mit der Durchführung der Untersuchung gegen den Justizrat Claß beauftragt werden mußte. Offenbar hat sich in der ganzen preußischen Justizverwaltung kein anderer Richter gefunden, dem man die Untersuchung gegen Herrn Claß übergeben konnte. So hat also der arme Landgerichtsdirektor Neumann die Vorbereitungen für den Barmatprozeß unterbrechen müssen und erst nach Abschluß des Vorverfahrens in Sachen Claß vermutlich erst im August, wurde, so erzählt der Berichterstatter, Herr Neumann zu seinem Barmatprozeß zurückkehren können. Zur Beruhigung darf man hinzufügen, daß der Prozeß gegen die Brüder Barmat und Genossen im Januar oder Februar nächsten Jahres, „vielleicht" aber auch im Spätfrühjahr stattfinden wird. Angesichts dieser Meldungen wird man sich der Empfindung nicht ganz entschlagen können, daß der Himmel diesem Freunde des wieder zu Gnaden aufgenommenen Altreichskanzler Bauer und des Herrn Landtagsabgeordneten Heilmann besonders gnädig ist. Es sind nun schon 2½ Jahre, daß die preußische Justiz an den Affären dieser talentvollen östlichen Einwanderer herumbastelt, aber sie kommt nicht zu Stuhle, die Aermste.

Abschaffung der Gerichtsferien.

Auf der Tagung der preußischen Justizamtmänner anfangs Mai zu Frankfurt am Main trat der Vertreter des Deutschen Handwerks- und Gewerbekammertages für die Aufhebung der Gerichtsferien ein, da durch sie große Gefahr besteht, daß Prozesse verschleppt werden. Nach längerer Debatte wurde mit überwältigender Mehrheit beschlossen, daß der Verband preußischer Justizamtmänner sich dieser Forderung nicht widersetzen könne und demgemäß für die Abschaffung der Gerichtsferien eintrete.

Ausland.

London, 29. Juni. Im Unterhaus wurde gestern in Beantwortung einer Anfrage von einem Regierungsvertreter erklärt, daß im Zusammenhang mit dem Streik der Bergleute vom 1. Mai bis 24. Juni nach England 585 000 Tonnen Kohlen eingeführt worden sind, darunter 221 000 Tonnen aus Deutschland.

Smyrna, 29. Juni. Vor dem Sondergerichtshof wurde gegen neun Angeschuldigte, die in das Komplott gegen Mustapha Kemal Pascha verwickelt sind, die Todesstrafe beantragt. Drei von diesen Angeklagten sind Abgeordnete der türkischen Nationalversammlung.

Die deutschen Rechte in Marokko.

London, 29. Juni. Die deutschen Rechte in Marokko werden nach den Meldungen englischer Blätter aus Tanger von dortigen französischen Kreisen als dem Versailler Vertrag widersprechend bestritten. Der „Daily Telegraph"-Korrespondent in Tanger gibt seinem Blatte folgende Schilderung des französischen Standpunktes zu den Empfehlungen des Reichstagsausschusses über die Mannesmannrechte in Marokko: Nach Artikel 144 des Versailler Vertrages gehen alle Besitzungen des deutschen Staates in Marokko ohne Entschädigung an die marokkanische Regierung über. Die Besitzungen deutscher Staatsangehörigen einschließlich der Minenrechte, sollten verkauft und der Erlös zur Abzahlung der deutschen Schulden an Frankreich verwendet werden. Der Artikel 144 bezieht sich, so argumentieren die Franzosen, auf ganz Marokko einschließlich der spanischen Zone. Sämtliche deutschen Besitzungen in Marokko einschließlich der Mannesmannrechte in der französischen und der internationalen Tanger-Zone seien von Frankreich bereits veräußert worden. Die einzigen, Deutschland noch verbleibenden Rechte könnten vielleicht in der spanischen Zone existieren und aus Minenrechten im Rifgebiet oder Djebala-Gebiet bestehen.

Eine Lobrede Chamberlains auf Mussolini.

London, 29. Juni. Chamberlain erklärte gestern bei einem Diner zu Ehren des Senators Cippico, daß er als Außenminister Italien beglückwünschen müsse zu dem Fortschritt, den es unter seiner gegenwärtigen Führung gemacht habe und zu den außerordentlichen Eigenschaften des bemerkenswerten Mannes, der jetzt das Geschick Italiens leite. Italien und England stünden heute zusammen als Garanten des in Locarno verbürgten Friedens, wenn sie auch nicht unmittelbar so interessiert daran seien wie andere Parteien. Wenn lange Verbindung und Freundschaft sie schon unlösbar zu Freunden mache, so erhebe ihre gemeinsame Stellung hinter dem Locarno-Vertrag diese Freundschaft zu höchster Bedeutung, nicht nur für diese beiden Länder, sondern für den Frieden Europas und der Welt.

Aus Stadt und Bezirk.

Neuenbürg, 29. Juni. (Keine Anmeldung von Sparkassenguthaben in Württemberg.) Um Mißverständnissen vorzubeugen, weist der Württ. Sparerbund darauf hin, daß von Sparkassenguthaben nur solche anzumelden sind, die von einer Sparkasse auf eine andere überwiesen wurden oder aus Erbschaftsfällen stammen. Gewöhnliche Sparguthaben sind also nicht anzumelden.

Neuenbürg, 29. Juni. (Der Juli.) Noch selten hat ein Monat so viele und so große Enttäuschungen gebracht wie der vergangene Juni, der sich nun anschickt, seinem Nachfolger, dem Juli, Platz zu machen. Er, der Heumonat, der traditionsgemäß ein strahlendes Gesicht, blauen Himmel zeigen und mit dem frischen, würzigen Duft geschnittenen Grases die Luft erfüllen sollte, von dem man gewohnt ist, daß er als letzter Lenzmonat eine Steigerung des frühlingshaften Mai ins Sommerliche hinein darstellt, er war eine Freude für Schirm- und Regenmäntelfabrikanten, vielleicht auch noch für den Schuhmacher. Vielleicht wollten diese vergangenen 30 Junitage auch nur beweisen, daß es auch im Kalender eben mal recht gründlich anders kommen kann, als man denkt. Die ersten schönen Tage, die der Juni in seinem letzten Drittel nun noch herablassend gespendet, geleiten uns hoffnungerweckend hinüber in den ersten Sommermonat, der, wenn er die Untaten und Unterlassungssünden seines Vorgängers wettmachen und die ausgerenkte Kalenderordnung wieder ins Gleis bringen will, wirklich alle Hände voll zu tun hat. Menschen, Tiere und Pflanzen wollen Sommerluft atmen, Sonne trinken, und wie sehr sich der kommende Monat beeilen muß, die auf ihn gesetzten vielfältigen Erwartungen zu erfüllen, kann ihm am besten der Landmann sagen, der mit schmerzlichen Gefühlen seine heranreifenden Ernten unter dem despotischen Regiment des Juni mehr und mehr im Wachstum gehemmt und verkümmern sah. Hoffen wir, daß der Juli auch daran denkt, was er als Schutzherr vieler Ferienreisender, Ausspannung und Erholungsuchender seiner Würde schuldig ist; denn es ist ein harter Schlag für den Tag für Tag schwer im Daseinskampf ringenden Menschen, wenn er seine auf wenige Tage im Jahr zusammengedrängten Ferienfreuden durch erbarmungsloses Regenwetter regelrecht zu Wasser werden sieht. Der Juli hat einen recht berühmten Taufpaten, wie ihn kaum ein anderer Monat besitzt. Ursprünglich hieß er ja „Quintilis", da er nach dem alten römischen Kalender der fünfte war. Nach dem Aufstieg Julius Cäsars aber wurde ihm im Jahre 45 v. Chr. die Ehre zuteil, fortan den Namen dieses unsterblichen Eroberers und Staatsmannes zu tragen. Die alten Deutschen haben ihn bescheiden „Heumonat" genannt, weil in ihn der Abschluß der im Juni beginnenden Heuernte fällt. Lostage sind: Maria Heimsuchung (2.), Siebenbrüdertag (10.), St. Margareta (13.) und St. Jakob (25.), St. Anna (26.).

Neuenbürg, 29. Juni. (Süddeutscher Nachrichtentruppentag in Heidelberg mit Schloßbeleuchtung!) Seitdem die ehemaligen Telegraphisten, Fernsprecher, Funker, Blinker und Fahrer zu den einzelnen Kameradschaften zusammengeschlossen sind, ist der alljährliche Gefallenengedenk- und Wiedersehenstag am 2. bis 4. Juli eine ständige willkommene Einrichtung geworden. Daß dieser immer gleicherhebende Tag diesmal in dem altehrwürdigen Heidelberg mit der herrlichen Schloßbeleuchtung und Militärkonzert der 5. Nachrichten-Abteilung stattfinden, ist ein besonderes Verdienst der Heidelberger. Am Sonntag, den 4. Juli fährt hierzu ab Stuttgart ein Sonderzug, Hin- und Rückfahrt nur 6 RM. Da jedermann mitfahren kann, dürfte die Teilnehmerzahl groß werden. Baldige Anmeldung ist daher erforderlich an Binder, Stuttgart, Senefelderstraße 83 oder die F-Flaggen, Cannstatt.

(Wetterbericht.) Unter dem Einfluß des sich verstärkenden Hochdrucks ist für Donnerstag und Freitag vielfach heiteres und trockenes, nur zu vereinzelten Gewitterstörungen geneigtes Wetter zu erwarten.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

○ **Calmbach**, 29. Juni. Gestern Abend konnte man Zeuge eines großen Unglücks werden, das zwar noch ohne Todesfall ablief, aber leicht dazu hätte führen können. Beim Einführen eines Wagens Heu scheuten die Pferde des Fabrikanten Gauthier oberhalb der Keller'schen Sägmühle. Sie rasten durch das Dorf bis zur Kirche. Auf dem Wagen saß die ganze Familie Karl Rentschler (Schömbergerstr.) samt dem Fuhrmann. Während der rasenden Fahrt suchten Rentschler und seine Frau mit einem sechsjährigen Knaben vom Wagen herabzukommen, wurden aber eine zeitlang geschleift und dann zu Boden geschlagen. Schwer verletzt mußten alle drei zum Arzt geführt werden. Drei Kinder waren auf dem Wagen geblieben, hielten sich krampfhaft am Wiesbaum und schrieen fürchterlich um Hilfe, kamen aber wie der Fuhrmann mit dem Schrecken davon. Die Pferde wären wohl weiter gerannt, aber am Kirchweck begegneten ihnen zwei Motorradfahrer. Schnell besonnen sprangen diese ab und überließen ihre Räder ihrem Schicksal. Eines lief in den Wagen hinein und hielt ihn samt den Pferden an, wurde aber dabei vollständig zertrümmert.

Württemberg.

Stuttgart, 29. Juni. (Zum Schiedsspruch in der Textilindustrie.) Die freiorganisierte Textilarbeiterschaft nahm in einer Versammlung zu dem Schiedsspruch des Stuttgarter Schlichtungsausschusses vom 22. Juni Stellung, der für die württembergische Textilarbeiterschaft eine fünfprozentige Lohnkürzung vorsieht. Die Konferenz lehnte den Schiedsspruch ab und beauftragte die Verbandsleitung, Schritte zu unternehmen und ihn rückgängig zu machen, sowie dafür einzutreten, daß mindestens die bisherigen Löhne erhalten bleiben.

Stuttgart, 29. Juni. (Erdbeben.) Die Erdbebenwarte Hohenheim verzeichnete gestern abend 11.05 Uhr ein starkes Erdbeben, dessen Herd in einer Entfernung von etwa 250 Kilometer, vermutlich im Alpengebiet (Tirol oder Salzkammergut) sich befindet. Das Erdbeben wurde auch sonst verschiedentlich im Lande verspürt, so in Freudenstadt, wo Gegenstände in ein Zittern und Vibrieren gerieten, ferner in Reutlingen, wo ein leichtes Klirren der Fensterscheiben beobachtet wurde. Auch in Sulz a. N. wurden leichte Stöße verspürt, desgleichen in Böblingen und Ebingen.

Stuttgart, 29. Juni. (Der neue Vizepräsident des Städtetags.) Wie der „Schwäbische Merkur" erfährt, sind Bestrebungen im Gange, Rechtsrat Dr. Fritz Elsas das Amt des Vizepräsidenten des deutschen Städtetags zu übertragen. Dr. Elsas würde damit aus den Diensten der Stadt Stuttgart ausscheiden.

Besigheim, 29. Juni. (Protest gegen die Umlage der Landesfürsorgebehörde.) Die Amtsversammlung hat eine Entschließung gegen die Umlagefestsetzung der Landesfürsorgebehörde angenommen und an das Ministerium des Innern sowie an das Arbeitsministerium die Bitte gerichtet, die Vollziehbarkeit des Haushaltsplanes der Landesfürsorgebehörde davon abhängig zu machen, daß weitere 500 000 Mark zur Senkung der Umlage der Bezirke verwendet werden, daß in Zukunft eine Majorisierung des übrigen Landes von den an der Aufbringung der Umlage finanziell nicht Beteiligten vermieden wird.

Reutlingen, 29. Juni. (Blutschande.) Wegen Blutschande, begangen mit ihrem 15jährigen Sohn, wurde eine 54jährige Frau (!) von Ohmenhausen an das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert.

Pfullingen, 29. Juni. (Der neue Stadtschultheißenamtsverweser.) In der gestrigen nichtöffentlichen Sitzung hat der Gemeinderat den G.R. Bauführer Dietrich Senner zum Amtsverweser bestellt, nachdem Amtmann Stierle von seinem Amt zurückgetreten war. Ueber die Ausschreibung der Stelle wurde bisher ein Beschluß noch nicht gefaßt.

Kirchheim u. T., 29. Juni. (Aufgehobene Wohnungszwangswirtschaft.) Wie aus einer Bekanntmachung des Oberamts hervorgeht, wird vom 1. Juli ab die Wohnungszwangswirtschaft aufgehoben. Außer der Oberamtsstadt sind es dann noch die Gemeinden Lindorf, Notzingen mit Wellingen, Roßwälden und Unterlenningen, die auch künftighin als Gemeinden mit Wohnungsmangel gelten. In allen übrigen Gemeinden können von jetzt an die Hausbesitzer über ihre Wohnungen frei verfügen.

Kirchheim u. T., 29. Juni. (Schultheiß Keim gefunden). Die Leiche des seit 12. Juni vermißten Schultheiß Keim von Holzmaden ist nunmehr an der Falle des Lindachbades durch Bademeister Trenz gefunden worden. Der Körper war an dem unteren im Wasser befindlichen Teil der Falle festgeklemmt und war, solange die Lindach viel und trübes Wasser führte, nicht sichtbar. Von der Kleidung des Toten hatte die Strömung Weste und Hemd bereits weggeschwemmt. Rock und Hut sind bekanntlich schon früher in der Lindach gefunden worden.

Münsingen, 29. Juni. (Auflösung einer landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaft.) Eine hier abgehaltene Generalversammlung der landwirtschaftlichen Bezirks- und Absatzgenossenschaft beschloß mit 388 gegen 1 Stimme die Auflösung der Genossenschaft.

Ravensburg, 28. Juni. (Landesversammlung des Zentralverbands deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener). Am Samstag und Sonntag hielt hier der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener unter Vorsitz des Landtagsabgeordneten Hartmann seine Landesversammlung ab. Begrüßungsansprachen hielten für das Hauptfürsorgeamt Stuttgart und das Arbeitsministerium Oberregierungsrat Dr. Haußmann, für das Wohlfahrtsamt Stuttgart Oberrechnungsrat Bürkle, für das Hauptversorgungsamt Stuttgart Regierungsrat Foul. Den Geschäftsbericht erstattete Herr Ottersbach. Darnach hatte Württemberg am 1. April 1926 123 183 rentenberechtigte Personen darunter 27 287 Kriegsbeschädigte, 27 798 Kriegshinterbliebene, 33 100 Kriegerwaisen, 35 000 Kinder von Kriegsbeschädigten. Die Schwerbeschädigten betragen 12 154. Davon sind 116 geisteskrank, 118 blind, 1174 völlig erwerbsunfähig. Von den Kriegsbeschädigten erhalten 30%, Rente 10 418, 40% 4645, 50% 4422, 60% 2805, 70% 2468, 80% 1056, 90% 229, 100% 1174. Herr Michel-Berlin sprach über Versorgung und Fürsorge der Kriegsopfer. Regierungsrat Foul gab dem Wunsche Ausdruck, daß man den Versorgungsämtern mehr Vertrauen entgegenbringen möge, da sie bestrebt seien, den Kriegsopfern zu geben was ihnen gehört.

Giengen a. Br., 29. Juni. (Ein junger Lebensretter). Das 5jährige Söhnchen eines hiesigen Bürgers, das nachmittags sich mit seinen Spielkameraden auf dem Badeplatz tummelte, fiel in die Brenz und wäre ertrunken, wenn nicht zufällig ein älterer Schüler am Badeplatz vorbeigekommen wäre. Er sprang mit der Kleidung in die Brenz und und rettete den Knaben vor dem Tode des Ertrinkens.

Baden.

Schöllbronn, 29. Juni. In einem Anfall von Geistesstörung hatte der Pflasterer Daserner hier seinen ganzen Hausrat zusammengeschlagen. Er wurde zur weiteren Beobachtung in das Krankenhaus eingebracht. Daserner entfernte sich von dort wieder und kehrte in seine Heimat zurück. Da er seine Angehörigen wieder bedrohte, sodaß diese fliehen mußten, wurde die Gendarmerie zur Hilfe gerufen, die den Kranken zunächst in das Gefängnis Ettlingen verbrachte.

Bargen, bei Sinsheim, 29. Juni. Am Sonntag hat der erste weibliche Hilfspolizeidiener seinen Dienst in unserem Orte angetreten und hauptsächlich nach den Radfahrern, die ohne Licht fahren, gefahndet.

Weinheim, 29. Juni. In einem Gartenhäuschen beim „Katzenlauf" am Stadtwäldchen wurden ein hiesiger Chauffeur und seine Geliebte, ein 21 Jahre altes Mädchen aus einer hiesigen achtbaren Familie, erhängt aufgefunden. Die Liebenden hielten sich noch im Tode — mit je einem Strick um den Hals — eng umschlungen. Die Leichen wurden nach der Leichenhalle gebracht.

Vermischtes.

Ein Eisenbahnräuber erschossen. In der vergangenen Nacht wurden auf dem Bahnhof Oberhausen von einem Beamten der Eisenbahnüberwachungsabteilung drei Männer bei der Beraubung eines Stückgutwagen überrascht. Der Beamte hat den einen der Täter, als er sich zur Wehr setzen wollte, durch einen Kopfschuß niedergestreckt. Die beiden anderen sind entkommen.

Zyklonverwüstungen in Bulgaren. Die bulgarische Donauhafenstadt Widin wurde am Samstag nachmittag von einem gewaltigen Zyklon heimgesucht. Die Donau schwoll in kurzer Zeit stark an, die Wassermassen stürzten in die Straßen des Hafenviertels, das in wenigen Minuten völlig unter Wasser gesetzt wurde. In den Parkanlagen wurden Bäume entwurzelt, kleinere Häuser wurden fortgeschwemmt und Dächer abgetragen. In der Stadt herrschte, während der Sturm wütete, vollkommene Finsternis. Auch aus der Umgebung Widins werden schwere Katastrophen gemeldet. Alle Dörfer sind überschwemmt, die Saat ist vernichtet. Menschenopfer sind zahlreich zu beklagen. Es handelt sich um das größte Unwetter, von dem Bulgarien je heimgesucht wurde. Seitens der Regierung sind umfassende Hilfsmaßnahmen geplant.

Gerichtssaal.

Neuenbürg, 28. Juni. Die 61 Jahre alte Karoline Bender Witwe von Loffenau hatte sich heute wegen Beleidigung des Friedrich Kull daselbst zu verantworten. Die Bender hatte in Loffenau ausgesagt, Kull habe Bretter gestohlen und ein andermal, er habe Kraut gestohlen. Die Bender wollte heute glaubhaft machen, die Ehefrau des Kull habe ihr eines Tages, als ihr Ehemann sie mißhandelt hatte, mitgeteilt, daß ihr Mann bei ihr die Bretter von ihrem Neubau gestohlen und zu Hause verschafft habe. Die Ehefrau Berta Kull gab jedoch heute auf ihren Eid hin an, sie habe der Bender gegenüber keine solche Aussage gemacht. Durch weitere Zeugenvernehmung wurde die Bender, der ihr in der Klage des Kull zur Last gelegten Aussagen überwiesen. Das Gericht erkannte wegen zwei Vergehen der Beleidigung auf eine Geldstrafe von 30 Mark oder sechs Tage Gefängnis sowie Tragung der Kosten des Verfahrens. — Weiter wurde verhandelt die Klagesache der Karoline Bender von Loffenau gegen Taglöhner Bertsch daselbst wegen Beleidigung und Bedrohung. Die Bender und Bertsch lebten in Unfrieden. Als nun Bertsch eines Tages an dem Haus der Bender vorbeiging und die Bender sah, sagte er, die gehört mit dem Revolver erschossen, hatte aber keine Waffe bei sich. Bertsch war eines Tages mit Steinschlagen an der Straße beschäftigt, und kam die Bender des Wegs, hiebei entstand wieder Streit, wobei Bertsch die Bender mit dem Steinschlegel b[...] drohte, indem er, wie durch den Zeugen Maurer Stickel bezeu[gt] wurde, gerufen habe, „er werde ihr den Steinschlegel an[...] schlagen und hierbei von seinem Steinhaufen aufgestanden [...] Das Gericht erkannte gegen Bertsch wegen Bedrohung auf [...] Geldstrafe von 5 Mark oder einen Tag Gefängnis, wegen Be[...]leidigung wurde er freigesprochen und die Kosten des Verfah[...]rens deshalb verteilt. — Als dritter Fall wurde verhandelt [...] Beleidigungsklage Rau gegen Keller und Faaß von Calmbach. Rau ist Holzhauer und arbeitet mit Ludwig Ott, Christ[...] Treiber, Karl Treiber und Christian Zündel im Gemeindew[ald] Calmbach. Am 12. Februar 1926 war Gemeinderat Fritz Ke[ller] mit Waldmeister Faaß im Walde um Holz aufzunehmen, [...] trafen hiebei mit den Holzhauern zusammen. Holzhauer [...] war mit Holzhauer Klauß an einem Karren mit Holzf[...] beschäftigt und rief Gemeinderat Keller den Rau an, e[...] halten. Rau und Klauß fuhren mit dem Karren Holz [...] weiter und soll Rau gerufen haben, da vorne halten wir [...] meinderat Keller soll auf dieses hin gerufen haben: [...] Feigling, der hat scheints kein gutes Gewissen." Gemeinde[rat] Keller gibt diese Aeußerung zu. Waldmeister Faaß soll [...] zu den andern Holzhauern gesagt haben, wenn ihr etwas [...] wäret, hättet ihr den Rau schon lang an einem Tännlen [...] gehängt. Waldmeister Faaß bestreitet diese Aeußerung. [...] den Holzhauer Klauß wurde eidlich festgestellt, daß Waldme[i]ster Faaß die Aeußerung getan habe. Das Gericht erkannte gegen Gemeinderat Keller und Waldmeister Faaß wegen Beleidigung je auf eine Geldstrafe von 10 Mark und Tragung der Kosten des Verfahrens.

Karlsruhe. 28. Juni. Vor dem Schöffengericht wurde ge[gen] die Angestellten der Städtischen Sparkasse von Baden-Bad[en] verhandelt, die diese um etwa 30 000 Mark durch Unterschla[...]gung von Aktien und Fälschung von Buchungen geschä[digt] haben. Der Hauptschuldige Josef Kreuther hat sich das [...]einander, das nach der Inflation bei der Sparkasse bereit[s] zu Ruhe gemacht und verkaufte Aktien aus dem Besitz der [...] auf eigene Rechnung. Der Angestellte Karl Ernst war [...] bei diesem Geschäft behilflich, das durch Aufstellung fals[cher] Konten verdeckt wurde. Sie teilten sich in den Gewinn; [...] erhielt ungefähr 13 000 Mark. In ähnlicher Weise verscha[fften] sich die Angestellten Heinrich Würmle und William Mül[ler] Summen von einigen hundert Mark. Der Angestellte [...] Ernst wußte von der Sache und half, sie durch falsche Buchun[...]gen zu vertuschen. Im Frühjahr d. J. wurden die Unterschla[...]gungen durch den Bankbeamten Gommel entdeckt, der den [Auf]trag hatte, in der Effektenabteilung der Sparkasse Ordn[ung] zu schaffen. Er wurde bei Direktor Dietzig deshalb vorst[ellig] und wandte sich, da von der Direktion keine durchgreifen[den] Maßnahmen getroffen wurden, an die Stadtgemeinde Bad[en-]Baden, die sofort die Untersuchung dieser Angelegenheit [ver]anlaßte. Das Urteil des Gerichts lautete für Josef Kreu[ther] auf acht Monate Gefängnis, für Karl Ernst auf fünf Mona[te] und für Heinrich Würmle auf sechs Monate, während [...] Ernst drei Monate erhielt, die durch die Untersuchungsha[ft] verbüßt sind. William Müller wurde zu drei Monaten Ge[...]fängnis verurteilt; er erhielt Strafaufschub bis 1. Juli 19[..]

Handel und Verkehr.

Stuttgart, 29. Juni. Dem Dienstagmarkt am Städt. Vieh- u[nd] Schlachthof wurden zugeführt: 35 Ochsen, 38 Bullen, 200 Jungbullen, 222 Jungrinder, 137 Kühe, 748 Kälber, 690 Schweine, 4 Scha[fe] 2 Ziegen: alles verkauft. Erlös aus je einem Zentner Lebendgewicht: Ochsen 1. 52—57 (letzter Markt 50—55), 2. 43—50 (42—48), Bullen 1. 50—53 (48—50), 2. 45—49 (42—46), Jungrinder 1. 54—58 [...] bis 56), 2. 48—52 (46—50), 3. 42—46 (40—45), Kühe 1. 35—[...] (34—45), 2. 22—34 (20—32), 3. 15—20 (14—19), Kälber 1. 71—[...] (66—69), 2. 65—70 (60—65), 3. 57—63 (50—58), Schafe 60—[...] (unv.), Schweine 1. 79—80 (74—76), 2. 77—79 (74—75), 3. 77—[...] (72—74), 4. 73—75 (71—72), Sauen 58—70 (68) Mark. Markt[...]verlauf: Belebt.

Pforzheim, 28. Juni. (Schlachtviehmarkt.) Aufgetrieben waren 295 Tiere, und zwar: 8 Ochsen, 7 Kühe, 41 Rinder, 7 Farren, [...] Kälber 2 Schafe, 223 Schweine. Marktverlauf mittelmäßig, Überstand 2 Stück Großvieh und 8 Schweine. Preise für ein Pfund Lebendgewicht: Ochsen 1. 50—53, Rinder 1. 53—56, Ochsen und Rinder [...] 45—47, Kühe 25—35, Farren 46—51, Kälber —, Schweine 78—[...]

Die Preise gelten für nüchtern gewogene Tiere und sch[lie]ßen sämtliche Spesen des Handels ab Stall für Fracht, Mark[t-] und Verkaufskosten, Umsatzsteuer sowie den natürlichen Ge[...]wichtsverlust ein, müssen sich also wesentlich über den Stall[...]preis erheben.

Verschmelzung Daimler-Benz. In der gestrigen Gene[ral]versammlung der Benz-A.G. wurden sämtliche Anträge [der] Verwaltung genehmigt, vor allem die Verschmelzung [mit] Daimler, Untertürkheim-Berlin. Ueber die Gründe, d[ie zur] Erweiterung des am 8. Mai 1924 geschlossenen Interess[enge]meinschaftsvertrages zur Vollfusion führten, gab Baurat [...] Mallinger, Benz-Mannheim, eine Erklärung ab. Schon [...] Interessengemeinschaftsvertrag sah in seinem Paragraph [...]

Schwester Mariens Geheimnis

Roman von Hedwig Courths-Mahler.

48 (Nachdruck verboten)

„Nun gut — ich will euch dazu helfen. Zobah wird die Herrin nicht begleiten, eine andere Dienerin wird mit ihr gehen. Höre, was ich dir sage, Kasova. Morgen früh, ehe die Herrschaft sich erhebt, wirst du mit Zobah aufbrechen zu eurem Kamdong (Dorf). Dort laßt ihr euch nach eurem Ritus als Mann und Frau zusammentun. Dann kehrt ihr zurück — aber in mein Haus. Ihr übernehmt in meiner Abwesenheit die Aufsicht über mein Haus und haltet alles in Ordnung. In Zukunft steht ihr beide in meinen Diensten. Mit Mynheer Vanderheyden bringe ich das in Ordnung. Ihr dürft niemand etwas von dem sagen, was ich euch geheißen habe. Jedenfalls verschwindet ihr morgen früh gleich nach Sonnenaufgang, damit Zobah nicht mit der Herrin zu reisen braucht. Habt ihr mich verstanden?"

Die beiden jungen Menschen küßten seine Kleider und sahen sich strahlend an. Ihre Dankesworte überstürzten sich. Sie wußten nicht, wie sie ihrer Freude Ausdruck geben sollten.

Harald winkte lächelnd und gab den beiden Glücklichen noch genaue Instruktionen, wie sie sich nach ihrer Rückkehr in seinem Hause verhalten sollten. Zum Schluß sagte er:

„Ich hoffe, ihr zeigt mir eure Dankbarkeit durch Treue und Ergebenheit und vergeßt, daß die Herrin in ihrer krankhaften Reizbarkeit nicht gut war."

Kasova und Zobah versprachen alles, was Harald wollte, und Zobah sah ihn mit strahlenden Augen an und küßte wieder und wieder seinen Rockärmel.

„Sind deine Tränen nun vergessen, Zobah?" fragte Harald lächelnd.

„O Herr, Zobah ist glücklich und wird dir nie vergessen, was du für sie getan. Und die Herrin mag Zobah schlagen, wenn sie wiederkehrt — Zobah hält still — weil du so gut bist, Herr."

„Nun — du bist jetzt in meinen Diensten mit Kasova und wirst nicht mehr geschlagen werden. Hier — damit richtet eure Hochzeit."

Damit gab Harald Kasova Geld und ging dann, ihren Dank abwehrend, davon. Aber das Lächeln erstarb auf seinen Lippen, als er weiterging. Katjes Charakterbild hatte wieder häßliche Flecken bekommen.

Im Vanderheydenschen Hause angekommen, fand er den Hausherrn im Wohnzimmer. Er begrüßte ihn.

„Katje ist noch bei der Toilette, Harald, du mußt noch ein Viertelstündchen mit meiner Gesellschaft fürlieb nehmen."

„So können wir noch einiges besprechen, lieber Vater."

„Wie stand es auf den Plantagen?"

„Alles in bester Ordnung. Darüber können wir unbesorgt sein. Jetzt aber möchte ich etwas anderes erledigen. Ich habe eine Bitte an dich."

Mynheer Vanderheyden lächelte.

„Doch einmal! Du gibst mir sonst wenig Gelegenheit, dir eine Bitte zu erfüllen."

„Jetzt sollst du eine solche Gelegenheit haben. Ich bitte dich, deinen Diener Kasova und deine Dienerin Zobah sofort aus deinen Diensten zu entlassen und sie in meine Dienste übergehen zu lassen!

Erstaunt sah der alte Herr auf.

„Warum das, Harald?"

„Die beiden wollen sich heiraten, und ich möchte zur Feier meiner Hochzeit zwei andere Menschen glücklich machen. Sie sollen heiraten und als Hausverwalter in meinem Hause zurückbleiben. Ich kann mich auf die beiden verlassen und habe es schon mit ihnen besprochen."

„Aber Katje wollte doch Zobah mit nach Deutschland nehmen als Bedienung."

Harald zog die Stirn zusammen.

„Ja, Vater, das wollte sie. Aber Zobah ist gar nicht dazu geeignet und reizt außerdem Katje beständig, weil sie damals der Anlaß zu unserem Zerwürfnis war. Es ist besser, Zobah bleibt hier."

Unbehaglich sah der alte Herr zu ihm auf.

„Das wird eine Szene geben, Harald, Katje hat es sich in den Kopf gesetzt, Zobah mitzunehmen."

Harald preßte die Lippen zusammen. Und dann beugte er sich zu dem alten Herrn herab.

„Vater — Kasova ist fähig, Katje etwas anzutun, wenn sie Zobah mit nimmt. Er ist schon schwer gereizt, weil Katje Zobah fortgesetzt mißhandelt. Ich konnte durch mein Eingreifen Schlimmes verhüten. Du weißt, man kann bei den Atschinesen nur bis zu einer gewissen Grenzen gehen. Überschreitet man sie, sind sie zu allem fähig. Ich muß dir nun alles sagen."

Und er erzählte dem alten Herrn, was er erfahren, und wie er die Angelegenheit auf gütlichem Wege geordnet hatte. Mynheer Vanderheyden sah finster vor sich hin.

„Der Hund sollte ausgepeitscht werden, statt daß ihm eine Belohnung verheißt."

„Würde man das tun, wäre ein Unglück nicht aufzuhalten. Du kennst doch die Atschinesen so gut wie ich."

„Wo soll es hinführen, wenn man sich diesen Leuten schwach zeigt?"

Aufatmend strich sich Harald über die Stirn.

„Kasova ist sonst ein treuer, zuverlässiger Mensch. Gerade, daß er so für Zobah eintritt, ist ein Zeichen seiner guten Gesinnung. Nur um sie zu verteidigen ereifert er sich. Man darf ihm keinen Anlaß zu Unbesonnenheiten geben. Deshalb habe ich die Sache so erledigt. Ich hoffe, bei ruhiger Erwägung wirst du mir zustimmen. Zobah ist einfach morgen früh mit Kasova verschwunden. Katje ist gezwungen, sich eine andere Dienerin zu wählen, und bis wir von Deutschland zurückkommen, hat Katje längst alles vergessen.

Fortsetzung folgt.

sobald die steuerlichen Verhältnisse es gestatten würden, eine Fusion vor, die nunmehr, da die steuerlichen Bedenken in Wegfall gekommen sind, durchgeführt werden kann. Die außerordentlich starke ausländische Konkurrenz, die auf Grund strenger Arbeitsteilung und serienmäßiger Fabrikation billigere, wenn auch nicht gute Ware liefern kann, drängt zu einer straffen Zusammenfassung der deutschen Automobilfabriken, wie es u. a. in der Gesellschaft Deutscher Automobilfabriken und dem Deutschen Automobilkonzern erfolgt ist. Allerdings sieht die jetzt beschlossene Benz-Daimler-Fusion gemeinsame Konstruktion vor, während die übrigen Vereinigungen nur ein gemeinsames Verkaufsbüro unterhalten. Die bisherige Interessengemeinschaft konnte sich nicht genügend auswirken, weil kein einheitlicher Wille das Ganze leitete. Es soll nicht nur, wie bisher, der Verkauf, sondern auch der Einkauf und vor allem auch die Konstruktion zusammengelegt werden. Es sollen neue Typen konstruiert werden, die eine neue Fabrikationseinrichtung bedingen, die nur durch Teilung der Kosten lohnend gestaltet werden kann. Die Verwaltung hofft von der Fusion für beide Unternehmungen große Vorteile. Ueber die Ausgestaltung im einzelnen sind noch keine endgültigen Beschlüsse gefaßt. Der Fusionsvertrag sieht zunächst Einziehung von 9 Millionen Stamm- und Vorratsaktien vor. Das gesamte Vermögen der Benz-Gesellschaft geht an Daimler über gegen Gewährung von Aktien dieser Gesellschaft im Umtauschverhältnis von 1:1. Eine Liquidation findet nicht statt.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 29. Juni. Das Staatsministerium hat den Regierungsrat z. g. St. Dr. Beißwänger zum Oberregierungsrat beim Staatsministerium und den tit. Regierungsrat Vögele bei der Pressestelle des Staatsministeriums zum Regierungsrat ernannt.

Stuttgart, 29. Juni. Der Abg. Melchinger hat folgende Kleine Anfrage gestellt: Zwecks besserer Regelung des Fischereiwesens wird sowohl von dem württembergischen Landesfischereiverein als auch von den sonstigen in Betracht kommenden Kreisen die Vorlage des Entwurfs eines neuen Fischereigesetzes dringend gewünscht. Ein solcher Entwurf wurde von dem Landesfischereisachverständigen Dr. Braun Mitte Mai dem Ernährungsministerium übergeben. Da die Vorlage dieses Gesetzes ein dringendes Bedürfnis ist, frage ich das Staatsministerium, ob und wann ein solcher Gesetzentwurf dem Landtag vorgelegt wird.

Göttingen, 28. Juni. Heute morgen fuhr ein Motorradfahrer aus Hannover mit einer Dame auf dem Soziussitz auf der Rheinhäuser Landstraße gegen die Lokomotive des Frühzuges, dessen Herannahen offenbar nicht rechtzeitig bemerkt wurde. Der Herr war sofort tot. Die Dame verstarb nach kurzer Zeit, ohne das Bewußtsein wieder erlangt zu haben.

Görlitz, 29. Juni. Der Fleischer Mülot, der gestern vormittag wegen Diebstahls im Rückfalle zu einer Zuchthausstrafe verurteilt worden war und im Gerichtssaal zwei Schüsse abgegeben hatte, ohne jemanden zu treffen, stürzte sich nachmittags im Treppenhaus des Gerichtsgefängnisses aus dem vierten Stock herab und starb unmittelbar darauf.

Plauen i. V., 29. Juni. Von den im Zwickauer Krankenhaus befindlichen an Trichinose erkrankten Einwohnern von Eibenstock ist der im 45. Lebensjahr stehende Stickmeister Baumann nach schwerem Leiden gestorben. Die Krankheit hat bis jetzt vier Opfer gefordert.

Coswig, 29. Juni. Der 26jährige Arbeiter Schulze hat seine beiden drei- und fünfjährigen Töchterchen in einem Kahn auf die hochangeschwollene Elbe gefahren und in die Fluten geworfen, worauf er in selbstmörderischer Absicht nachsprang. Die Leichen sind noch nicht geborgen. Der Grund zu der Tat soll in Unredlichkeiten zu suchen sein, die sich der Arbeiter bei der Verwaltung verschiedener Kassen hat zuschulden kommen lassen.

Berlin, 29. Juni. Das Reichskabinett beschloß in seiner heutigen Sitzung, sich neben den allgemeinen im Rahmen der Erwerbslosenfürsorge geplanten Schritte an Maßnahmen zu beteiligen, deren Inangriffnahme in der besonders schwierigen Lage der Pfalz begründet ist. In Frage kommt u. a. eine Beteiligung an dem geplanten Brückenbau über den Rhein bei Maxau und Speyer.

Berlin, 29. Juni. Auch in der ersten Junihälfte erfuhr der Arbeitsmarkt nach der Statistik der Erwerbslosenfürsorge keine nennenswerte Aenderung. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger fiel von 1420000 auf 1419000, die der weiblichen stieg von 324000 auf 330000. Insgesamt fand eine Zunahme von 1744000 auf 1749000, d. h. um 0,3 Prozent, statt.

Berlin, 29. Juni. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hielt nach der Plenarsitzung des Reichstages eine Fraktionssitzung ab, in der sie sich mit der Zollfrage beschäftigte. Die Fraktion beschloß, die Verlängerung der jetzt geltenden Zollsätze, die im Zollgesetz als ermäßigte Sätze vorgesehen waren (Lebensmittelzölle), bis zum 1. Dezember dieses Jahres zu beantragen.

Berlin, 29. Juni. Nun hat auch Staatssekretär Meißner, der Leiter des Büros des Reichspräsidenten, seinen Austritt aus der Demokratischen Partei erklärt, ist also den Spuren von Schacht, Rohrbach und vielen Anderen gefolgt.

Berlin, 29. Juni. Die völkische Reichstagsfraktion hat gestern abend beschlossen, an ihrer Ablehnung des Abfindungsgesetzes festzuhalten. — Im Reichstag beginnt man sich bereits auf eine Verlängerung der Tagung einzurichten, weil man mit der Erledigung des Abfindungsgesetzes kaum bis Freitag fertig werden dürfte. — Der Reichstagsausschuß für die Ausschmückung des Reichstagsgebäudes beschloß gestern, je eine Büste des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert und eine des Reichspräsidenten v. Hindenburg aufzustellen. — Der Reichsrat hat gestern beschlossen, gegen die vom Reichstag angenommene Novelle zum Mieterschutzgesetz keinen Einspruch zu erheben. — Ein gemeinsamer Antrag aller Reichstagsfraktionen fordert Sondermittel und Steuererleichterungen für die Hochwassergeschädigten. — Der deutsch-russische, sogenannte Berliner Vertrag ist durch Austausch der Ratifikationsurkunden endgültig abgeschlossen worden. — Laut „Vorwärts" werden in den nächsten Tagen in Berlin Verhandlungen zwischen den Spitzenorganisationen der Transportarbeiter und dem Deutschen Bergarbeiterverband über die Durchführung einer Kohlensperre gegen England stattfinden. — Im Berliner Filmpalast Phöbus wurde eine Protestkundgebung veranstaltet, gegen die von der württembergischen Regierung ausgehende Absicht, ein Verbot des Potemkinfilms für das ganze Reich zu erreichen.

Tangermünde a. d. Elbe, 28. Juni. Bei verschiedenen Personen sind nach dem Baden Hautentzündungen festgestellt worden, die auf die Verunreinigung des Wassers durch Tierkadaver zurückzuführen sind. Das Baden ist von der Stadtverwaltung untersagt worden.

Stettin, 29. Juni. Den vereinten Anstrengungen der Anwohner mit der Stettiner Garnison zusammen mit der Technischen Nothilfe, der Feuerwehr und den Arbeitern der Strombauverwaltung gelang es, den gefährdeten Schutzdeich des Großschiffahrtsweges Stettin—Berlin bei Gartz a. d. Oder zu halten. Die Gefahr gilt heute als behoben. Dagegen ist eine neue große Wiesenfläche von etwa 8000 Morgen jetzt von der Ueberschwemmung bedroht. Das Wasser flutet hier bereits über die Schutzdämme. Der Ostwind hindert einen schnellen Abfluß des Hochwassers in die Ostsee.

Königsberg, 29. Juni. Wie die „Königsberger Allgemeine Zeitung" meldet, ist am Dienstag nachmittag um vier Uhr das Flugzeug, das zwischen Königsberg und Danzig verkehrt, bei dem Dorfe Liep in der Nähe von Kahlberg abgestürzt. Die drei Passagiere sind tot, der Flugzeugführer verletzt.

Breslau, 29. Juni. In der vergangenen Nacht gerieten zwei junge Angestellte, von denen einer die Stahlhelmuniform trug, auf dem Heimwege mit drei anderen Leuten, von denen zwei Reichsbannermitglieder sind, in Streit. Der in Stahlhelmuniform befindliche junge Mann, der im Kriege den rechten Arm verlor, fühlte sich durch zwei der Nachkommenden bedroht und erschoß den einen von ihnen.

Paris, 29. Juni. Die von der Regierung beantragte Vertagung der Beratung der eingebrachten Interpellationen ist in namentlicher Abstimmung von der Kammer mit 292 gegen 130 Stimmen angenommen worden. Es haben sich etwa 160 Abgeordnete der Stimme enthalten.

Paris, 29. Juni. „New-York Herald" meldet von der spanischen Grenze, daß General Weiller, General Aguilera und mehr als 100 Offiziere wegen Beteiligung an dem kürzlich aufgedeckten Komplott gegen das spanische Direktorium verhaftet wurden.

London, 29. Juni. Im Zusammenhang mit dem vor einigen Tagen in der europäischen Presse im Umlauf befindlichen Gerücht über eine bevorstehende Verminderung der Besatzungstruppen im Rheinland erfährt der Vertreter der Tel.-Union von maßgebender Stelle, daß eine Verminderung der englischen Besatzungsarmee im Rheinland nicht in Frage kommt. Man weist darauf hin, daß die Stärke der englischen Truppen besonders im Vergleich zu derjenigen anderer Besatzungsmächte sich durchaus in vernünftigen Grenzen halte. Wenn es auch nicht offen ausgesprochen wird, so geht die englische Auffassung doch offenbar dahin, daß weitere Rückwirkungen aus dem Vertrag von Locarno in dieser Hinsicht in erster Linie von den anderen Besatzungsmächten zu erwarten seien.

London, 29. Juni. Der Vollzugsrat der englischen Bergarbeiter hat heute nachmittag nach Ueberprüfung der Lage in den Grubenbezirken einstimmig beschlossen, sich jeder Erhöhung der Arbeitszeit und einer Herabsetzung der Löhne zu widersetzen.

Belgrad, 29. Juni. Ein Automobil mit zwanzig Personen stürzte infolge Ungeschicklichkeit des Führers auf einer von Cetinje ausgehenden Landstraße in einen Abgrund. Zehn Passagiere kamen ums Leben, die übrigen wurden verletzt.

Angora, 29. Juni. Das westliche Kleinasien ist durch ein starkes Erdbeben erschüttert worden. In [illegible] wurden zehn Häuser und eine Moschee vollkommen zerstört. Der Schaden beläuft sich auf über 100 Millionen türkische Pfund.

Newyork, 29. Juni. Die Erklärung Briands, wonach Frankreich das amerikanische Schuldenabkommen nicht vor einem englischen Schuldenabkommen vor die Kammer bringen werde, hat in Washingtoner offiziellen Kreisen größte Verwunderung hervorgerufen. Man gibt zu verstehen, daß Frankreich sich darüber klar sein müsse, daß eine weitere Anleihegewährung jetzt mehr denn je unmöglich sei.

Seatle, 28. Juni. General Nobile hat angesichts des Mangels an Ankerwerken den Plan, mit der „Norge" die Vereinigten Staaten zu durchfliegen, aufgegeben. Er ist der Ansicht, daß die „Norge" das vollkommenste Luftschiff ist, welches bisher hergestellt ist. Er beabsichtigt, nach seiner Rückkehr nach Italien Mussolini Pläne für weitere Polexpeditionen mit einem Luftschiff ähnlichen Typs vorzulegen.

Aus dem Hochwassergebiet der Elbe.

Die letzte Flutwelle der Elbe ist in der Nacht zum Dienstag bis Dömitz vorgedrungen, wo der Pegel noch eine Zunahme von einem Zentimeter zeigte. Unmittelbare Gefahr besteht für Wittenberge heute nicht mehr. Furchtbar entwickeln sich die Wassermassen um Dömitz und Hitzacker. Gestern nacht ist die Löcknitz aus ihren Ufern getreten und hat ein Gebiet von 7000 Morgen bei den Dörfern Gandow, Wustrow und Lanz überflutet. In einer einzigen Nacht also stieg das Wasser so stark, daß die Landwirte ihre Kühe am anderen Morgen bis an den Leib im Wasser stehend antrafen. In den nächsten Tagen werden die Feldmarken Bernheide, Bad Kuhl und Lenzersilge von Hochwasser überflutet werden. Die Bewohner räumen Felder, Wiesen und die tiefer gelegenen Häuser. Besonders gefährlich steht es um das Landstädtchen Dömitz. Freiwillige Feuerwehr und technische Nothilfe aus den benachbarten Städten sind angerückt, um den Deich zu halten. Tausende von Sandsäcken liegen bereit, um bei einem eventuellen Bruch Verwendung zu finden. Eine Abteilung Reichswehr aus Ludwigslust liegt in den Dörfern um Dömitz, um sofort eingreifen zu können. So steht man hier in Erwartung der nächsten und höchsten Flutwelle. Infolge des Dammbruches würden die an der Elbemündung gelegenen Dörfer etwa einen Meter unter Wasser geraten. In Hitzacker begann gestern morgen die Elbe um fünf Zentimeter die Straßen zu überschwemmen. Die Uferstraße ist bereits überschwemmt. Das Wasser beginnt in die Häuser zu dringen. Bei einem weiteren Steigen drohen hier die katastrophalsten Einstürze. Von Dannenberg bis Kleinheide ist das Jeetzel-Tal ein einziges Wasserbecken. Bei Kleinheide ist gestern morgen der Notdeich gebrochen. Damit ist hier die gleiche Katastrophe eingetreten wie in den umliegenden Dörfern der Westpriegnitz.

Rückgang des Elbehochwassers.

Magdeburg, 29. Juni. Der Wasserstand der Elbe bei Magdeburg zeigte am Dienstag früh eine Höhe von 3,96 Meter. Das bedeutet im Vergleich mit dem Pegelstand vom Montag ein weiteres Fallen von 23 Zentimeter. Auch die Mulde und die Saale weisen jetzt überall ein langsames Fallen auf. Die letzte Hochwasserwelle hat am Dienstag früh bereits Lauenburg erreicht. Von der Havel wird ein Anwachsen gemeldet. Das Protziener Wehr ist jetzt vollkommen geschlossen. Am Dienstag früh um 9 Uhr sind die letzten drei Joche herabgelassen worden. Der Wasserstand am Protziener Wehr betrug vor der Schließung 5,24 Meter und nach der Schließung 5,35 Meter. Eine Hochwassergefahr besteht für Magdeburg nicht mehr.

Absage der Sozialdemokraten an den Enteignungsausschuß.

Berlin, 30. Juni. Der Reichsausschuß für die Fürstenenteignung hatte nach dem Volksentscheid ein Schreiben an den Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei, an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und an die Kommunistische Partei gerichtet und die Adressaten aufgefordert, weiter gemeinsam mit ihm für die entschädigungslose Enteignung der Fürsten gegen den Regierungsentwurf, für die Auflösung des Reichstages und den Rücktritt der Regierung Marx zu kämpfen. Auf den Brief hat nun die K.P.D. zustimmend geantwortet. Während der Allg. Deutsche Gewerkschaftsbund keine Antwort erteilt hat, hat der sozialdemokratische Parteivorstand in einem Brief erwidert, daß er es ablehne, in Verhandlungen, die ein solches Zusammengehen zum Ziele haben, teilzunehmen. Die kommunistischen Agitationsmethoden hätten der Bewegung zur entschädigungslosen Enteignung der Fürsten aufs schwerste geschadet. — Der Ausschuß erklärt, trotzdem den Kampf fortsetzen zu wollen.

In letzter Stunde.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht die „Tägl. Rundschau" an leitender Stelle einen Artikel von besonderer Seite, in dem in Bezug auf die Verhandlungen des Reichstags über den Regierungsentwurf zur Fürstenabfindung u. a. ausgeführt wird: Regierung, Parteien, Parlamentarismus und damit unser ganzes politisches Leben sind in höchster Ratlosigkeit und Not. Ob die Auflösung des Reichstags kommt, ist sehr zweifelhaft. Das Interesse des gequälten Vaterlandes verlangt gewiß keinen Wahlkampf unter der Parole der Fürstenabfindung. Es kommt hinzu, daß die von dem Gesetzentwurf berührten Dinge im Grunde auf zwei Anwendungsfälle zusammengeschmolzen sind, auf die Regelung in Preußen und in Gotha-Thüringen. Gelingt es wirklich nicht in den wenigen, diesem Reichstag zu Gebote stehenden Tagen, die Parteien auf das umfangreiche, mit allerlei Bedenklichkeiten und Anstößen bald für die Rechte, bald für die Linke, ausgestattete Gesetz zu reinigen, so bleibt schließlich nur ein Ausweg, nämlich der, das Versäumnis von Weimar durch eine kurze Vorschrift nachzuholen, wonach in Artikel 7 oder 8 der Verfassung die Bestimmung eingefügt wird, daß die Gesetzgebung über die Grundsätze der anläßlich der geänderten Struktur des Reiches und der Länder noch nötigen vermögensrechtlichen Auseinandersetzungen mit den Fürsten und die Regelung des Verfahrens in den noch obwaltenden Streitfällen dem Reiche zusteht. Das ist natürlich gleichfalls eine Verfassungsänderung die eine Zweidrittelmehrheit erfordert. Aber für diesen kurzen Satz dürfte eine solche doch wohl heute zu finden sein. Der tatsächliche Erlaß der fraglichen Grundsätze, die mit einfacher Mehrheit dann erlassen werden könnten brauchte nicht alsbald schon zu erfolgen. Das könnte im Herbst angefaßt werden, wenn dann wirklich nach Anlaß zu einem solchen Ausführungsgesetz bestünde. Es ist die Annahme schließlich nicht unbegründet, daß bis dahin auch in Preußen und in Thüringen Frieden geschlossen sein könnte.

Die Linke zum Vorschlag der „Täglichen Rundschau."

Berlin, 29. Juni. Aus parlamentarischen Kreisen verlautet am späten Abend, daß der heute nachmittag von der „Täglichen Rundschau" gemachte Vorschlag, der bei allen Parteien den Gegenstand eifriger Kommentare bildete, bei der Linken des Reichstags wenig Anklang findet. Insbesondere sollen die Sozialdemokraten befürchten, daß mit Hilfe der Deutschnationalen im Herbst eine Mehrheit für das Abfindungsgesetz geschaffen werden könnte, das den Fürstenfamilien mehr entgegenkäme, als die jetzige Vorlage.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 29. Juni. Der Reichstag trat in die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen den Ländern und den vormals regierenden Fürstenhäusern ein. Nachdem Abg. Dr. Pfleger (B. Vp.) den Bericht über die Verhandlungen des Rechtsausschusses erstattet hat, findet ein Vorschlag des Präsidenten Löbe gegen die Stimmen der Kommunisten und der Völkischen Annahme, wonach von einer Generalberatung abgesehen und die Redezeit auf 15 Minuten festgesetzt wird. Beim § 1, der die Einsetzung und die Zusammensetzung des Reichssondergerichts betrifft, legen die Abg. Dr. Barth (Dn.) und Rosenfeld (Soz.) den Standpunkt ihrer Parteien dar. Reichsminister des Innern Dr. Külz betont, die Regierung stehe geschlossen hinter dem Entwurf in der vorliegenden Fassung. Er weise die Unterstellung zurück, daß der Entwurf unter Konzessionen an die Straße zustande gekommen sei. Berücksichtigt worden sei allerdings der millionenfach geäußerte Volkswillen. Konzessionen müßten von beiden Seiten gemacht werden. Die Regierung würde aus dem Nichtzustandekommen dieses Gesetzes die Konsequenzen ziehen. Der § 1 versuche einen Ausgleich zwischen politischen und Rechtsfragen. Abg. Schulte (Ztr.) tritt für den § 1 in der vorliegenden Fassung ein. Abg. v. Gräfe (Völk.) erklärt, da Verbesserungsversuche an der Vorlage aussichtslos seien, würden sich seine Freunde an der Weiterberatung nicht beteiligen. Abg. Neubauer (Komm.) hält gleichfalls die Vorlage für nicht verbesserungsfähig. Abg. Alpers (W. Vg.) sieht dagegen in dem vorliegenden Entwurf eine annehmbare Lösung. Abg. v. Lindeiner (Dn.) erklärt den Ausführungen des Ministers Dr. Külz gegenüber, der vorliegende Entwurf biete keine annehmbare Lösung, da in dem § 1 nicht nur politische, sondern auch parteipolitische Gesichtspunkte berücksichtigt worden seien. Der sozialdemokratische Abänderungsantrag wird hierauf gegen die Stimmen der Antragsteller, der deutschnationale Antrag gegen die der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt und in einfacher Abstimmung der § 1 gegen die Stimmen der Völkischen und Kommunisten bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten und Deutschnationalen angenommen. Danach ist der Reichsgerichtspräsident Vorsitzender des Sondergerichts. Der Reichspräsident ernennt den Stellvertreter, sowie die acht Mitglieder und ihre Stellvertreter. Vier Mitglieder und ihre Stellvertreter müssen Mitglieder von ordentlichen Gerichten oder von Verwaltungsgerichten sein. Die §§ 2—4 regeln die Bedingungen, unter denen das Sondergericht tätig sein wird. Nach § 2 kann das Sondergericht eine nach der Umwälzung von 1918 vorgenommene Gesamtauseinandersetzung nur auf übereinstimmenden Antrag eines Landes und seines ehemaligen Fürstenhauses neu aufrollen. Abg. Landsberg (Soz.) beantragt, daß der Antrag eines Landes allein genügen soll, da im andern Falle das Sondergericht nur für Preußen und Sachsen-Koburg in Betracht kommt. Nach weiterer Debatte wird der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Antragsteller abgelehnt. Auch der § 2 der Ausschußvorlage wird gegen die Stimmen der Mittelparteien abgelehnt. Dagegen stimmen die Sozialdemokraten, die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Völkischen. Zum § 3, der die Antragsfristen regeln, wird ein sozialdemokratischen Abänderungsantrag abgelehnt und im Hammelsprung sodann § 3 mit 142 gegen 138 Stimmen der Sozialdemokraten und der Kommunisten bei 79 Stimmenthaltungen der Deutschnationalen und der Völkischen angenommen. Mit dem gleichen Stimmenverhältnis findet § 4 Annahme. Die §§ 5—7 regeln die Auseinandersetzung zwischen dem Staats- und dem Privateigentum. § 5 stellt Richtlinien für die Unterscheidung von Privat- und Staatseigentum auf. Als Staatseigentum soll nur gelten, was die Fürsten auf Grund eines privaten Rechtstitels erworben haben mit privaten Mitteln, unentgeltlich, in Fortgang des Erbrechts, aufgrund privater Schenkung oder ähnlichem und nicht auch gegen Leistungen, die sie nur kraft ihrer staatsrechtlichen Stellung bewirken konnten. Abg. Lohmann (Dn.) beantragt die Streichung der Richtlinien, da es für das Sondergericht eine unlösbare Aufgabe sei, auf die erste Erwerbung eines jeden Vermögensstückes zurückzugehen. Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) beantragt die Anfügung der Bestimmung: „In Zweifelsfällen spricht die Vermutung für Staatseigentum." In § 6 wird u. a. bestimmt,

Stimmt. Karlchen, Sohn eines Rechtsanwalts, hört, wie der Vater sagt, er würde heute etwas spät zu Tisch kommen, da er den Vorsitz in einer großen Gläubigerversammlung führen müsse. — „Was sind denn das für Leute, die Gläubiger, Papa?" fragt der Kleine. — „Das sind die Leute, die daran glauben müssen", erklärt der Erzeuger.

Wenn

man etwas verkauft,
vermietet oder verpachtet oder etwas
sucht, so bringt man
eine Anzeige im
∴ „Enztäler" ∴

Die große Verbreitung in allen Bevölkerungsschichten sichert Erfolg.

Bei Anfragen um Auskunft von der Geschäftsstelle ds. Blattes ist stets das Porto für Rückantwort oder für Weiterbeförderung der Angebote usw. beizufügen.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

daß das Sondergericht auf Antrag einer Partei von einem nach der Staatsumwälzung 1918 ergangenen rechtskräftigen Urteil abweichen kann, wenn es feststeht, daß das Urteil auf Gründen beruht, die mit den Vorschriften des vorläufigen Gesetzes unvereinbar sind. Abg. Landsberg (Soz.) beantragt die Ausdehnung dieser Bestimmung auch auf die von 1918 ergangenen Urteile. Nach einer Polemik des Abg. Dr. Rosenberg (Komm.) gegen die Sozialdemokraten tritt Abg. Dr. Wunderlich (D. Vp.) für die Ausschußfassung ein. Die deutschnationalen Aenderungsanträge werden gegen die Stimmen der Antragsteller und der Völkischen, die sozialdemokratischen Anträge gegen die Stimmen dieser Partei abgelehnt und § 5 bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten gegen die Deutschnationalen, die Völkischen und die Kommunisten angenommen. Beim § 6 wird ein Antrag der Deutschnationalen, wonach rechtskräftige Urteile und Schiedssprüche, Verträge, Vergleiche und Anerkenntnisse maßgebend bleiben sollen, in namentlicher Abstimmung mit 301 gegen 108 Stimmen der Deutschnationalen und der Völkischen abgelehnt. Die §§ 6 und 7 werden bei Stimmenthaltung der Sozialdemokraten angenommen. Zum Schluß gab es einen der pikanten Bruderzwiste im linken Lager. Die Kommunisten warfen nämlich den Sozialdemokraten vor, daß sie schließlich doch in die Front der Regierungsparteien einschwenken würden. Mag sein, daß sie es am besten wissen. Gleichzeitig aber benützen sie diese Gelegenheit zu der Ankündigung, es werde nicht bei dem Versuch einer Enteignung der Fürsten bleiben, sondern die Enteignung werde weitergetrieben werden. Für diese Offenlegung ihrer weiteren Absichten kann man ihnen nur dankbar sein. Darauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt.

Einschränkungsmaßnahmen der italienischen Regierung.

Rom, 30. Juni. Der Ministerrat hat nach einer Prüfung der wirtschaftlichen Lage Italiens eine Reihe von Maßnahmen beschlossen, die dazu dienen sollen, 1. die Herstellung gewisser Artikel der inländischen Produktion zu steigern und die Herstellungskosten dafür herabzusetzen, 2. die Gestehungskosten für einige wichtige industrielle Rohstoffe zu verringern, 3. den Luxusverbrauch auf gewissen Gebieten einzuschränken. Zu diesem Zweck hat der Ministerrat einen Gesetzesentwurf gutgeheißen, der folgendes bestimmt: 1. Für die Zeit vom 1. Juli 1926 bis 30. Juni 1927 wird die Errichtung von Luxusbauten verboten, da die Bautätigkeit sich auf billige und volkstümliche Häuser für den Mittelstand und die Beamten beschränken soll. 2. Vom 1. Juli ab wird bis auf weiteres die Eröffnung von neuen Bars, Cafés, Konditoreien, Tanzunternehmungen usw. untersagt. 3. Vom 1. Juli ab wird die tägliche Seitenzahl der Zeitungen auf höchstens sechs beschränkt. Eine Vergrößerung des Formats ist nicht zulässig. 4. Vom 1. Juli ab ist den Automobilbetriebsstoffen Alkohol in einem gewissen Mischungsverhältnis zuzusetzen. 5. Vom 1. Juli ab haben die Arbeitgeber die Berechtigung, die Arbeitszeit um eine Stunde zu verlängern.

Abstimmung im Unterhaus über den Achtstundentag.

London, 30. Juni. Das Unterhaus lehnte gestern den Abänderungsantrag der Arbeiterpartei zu der Regierungsvorlage über den Achtstundentag im Bergbau mit 336 gegen 163 Stimmen ab.

Erdverschiebungen auf Sumatra.

Batavia, 29. Juni. An der Westküste von Sumatra wurden im Distrikt Padang durch Erdverschiebungen große Verheerungen angerichtet. Die Telegraphen- und Telephonverbindungen wurden unterbrochen und die Eisenbahnlinien und große Verkehrstraßen zerstört. Man fürchtet, daß noch mehrere größere Ortschaften im Oberlande von Padang betroffen worden sind. Viele Menschen wurden getötet und verletzt. Polizeiabteilungen und Aerzte sind heute morgen von der Hauptstadt Padang nach Pandjong abgegeben. Fast alle Gebäude in Padong-Pandjong sind infolge des Erdbebens eingestürzt. Ueber 100 Personen, darunter ein Europäer, wurden getötet und viele Menschen verletzt. Letztere wurden nach Fort de Kock übergeführt, wo ebenfalls zahlreiche Gebäude einstürzten. Eine Person wurde dort getötet und zwei verletzt. In Soengeiboeloe zählt man 17 Tote und in Solok 15.

Versäumte Abonnements

können bei allen Postanstalten, Agenturen, sowie bei der Geschäftsstelle des „Enztäler" nachgeholt werden.

Erschienene Nummern werden, soweit vorrätig, nachgeliefert.

Feldrennach.

Zwangsversteigerung.

Am **Montag den 5. Juli**, vorm. 10 Uhr, wird eine **Kuh** zwangsweise an den Meistbietenden gegen Barzahlung versteigert. Zusammenkunft beim Rathaus.

Finanzamt Neuenbürg.
Vollstreckungsabt.: J. A. Knüppel.

Tuberkulösen-Fürsorgestelle.

Die **nächste Sprechstunde** findet am **Samstag, den 3. Juli 1926**, nachm. ½3—5 Uhr, auf der **Charlottenhöhe** bei Calmbach statt. Die Untersuchungen werden nur auf Grund ärztlicher oder behördlicher Ueberweisung durchgeführt.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Donnerstag den 1. Juli 1926, vormittags 10 Uhr**, kommt in **Neuenbürg** öffentlich gegen Barzahlung zum Verkauf:

Ein Plüschdivan, ein Grammophon mit 20 Platten.

Zusammenkunft am Rathaus in Neuenbürg.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Die am 28. Juni ausgeschriebene

Versteigerung findet nicht statt.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Straßenasphaltierung.

Zwischen **Calmbach und Wildbad** wird in den nächsten 14 Tagen die Staatsstraße mit kaltflüssigem Asphalt (Colas) behandelt. Fuhrwerke und Kraftwagen haben an der Arbeitsstelle langsam zu fahren und auf Verlangen anzuhalten.

Calw, den 29. Juni 1926.

Straßen- und Wasserbauamt.

Birkenfeld.

Das Stromgeld

ist unter Angabe des Standes zu bezahlen:

Buchstabe A—K	**am** 1. **Juli**	je 8—12 Uhr und 1—7 Uhr.
„ L—S	„ 2. „	
„ T—Z	„ 3. „	

Förschler.

Abbruch-Arbeiten.

Mein Gebäude, **Hauptstraße Nr. 39** in **Birkenfeld**, beabsichtige ich abzubrechen und habe dieses, jeweils getrennt in **Zimmer- und Maurer-Arbeiten**, zu vergeben.

Bedingungsunterlagen können jederzeit bei mir eingesehen werden.

Adolf Dittus, Metzgermstr.

Bringe meinen der Neuzeit entsprechend ausgestatteten

5 Tonnen-Lastkraftwagen

für Lohnfuhrwerk sowie für Sonntagsfahrten für Vereine und Gesellschaften in empfehlende Erinnerung bei billiger Berechnung und gewissenhafter Bedienung.

Daniel Bachofer, Birkenfeld,
Telefon 23.

Wir drucken

Kataloge, Preislisten, Broschüren, Prospekte, sowie alle sonstigen für den Geschäfts-Bedarf nötigen Druckarbeiten in vornehmer und zweckentsprechender Ausstattung.

C. Meeh'sche Buchdruckerei
Inh. D. Strom
Neuenbürg, Fernsprecher Nr. 4.

Sänger-Vereinigung „Freundschaft".

Wir bitten, **Rechnungen**, welche das Fest betr., bis **Freitag, den 2. Juli** an den Kassier des Vereins, Herrn **Eugen Schlotter**, einzureichen.

Bezirks-Obst- u. Gartenbau-Verein Neuenbürg.

Nächsten Sonntag, den 4. Juli, nachm. 3 Uhr, im **Gasthof zum „Bären"** in **Neuenbürg**

Vortrag

durch Herrn Landwirtschaftsrat Winkelmann der Württ. Landwirtschaftskammer über die **Bekämpfung der wichtigsten Obstbaumschädlinge** mit besonderer Berücksichtigung des heurigen Blüteverlaufs.

Zu dieser zeitgemäßen und lehrreichen Veranstaltung lade ich unsere Mitglieder und alle Freunde des Obst- und Gartenbaus von hier und aus dem Bezirk freundl. ein.

Vormittags 8 Uhr bei günstiger Witterung **Flurumgang.** Sammlung beim Bezirkskrankenhaus.

Vorstand Knodel.

Ia Kristallzucker

zu Einmachzwecken
empfiehlt billigst
Lager des Badischen Bauernvereins,
Neuenbürg, Telefon Nr. 26.

Oberländer
Läuferschweine

sind frisch eingetroffen und fortwährend zu haben.

Schweinehandlung Mayer,
Karlsruhe-Grünwinkel, Tel. 3592.
Fahrgelegenheit bis Gartenstadt-Grünwinkel.

Dobel.
Unterzeichneter sucht einen
Einspänner-Roßwagen,
nicht allzuschwer. Ich übernehme auch
Fuhren aller Art
in **Dobel u. Filialen.**
Wilhelm Müller,
Fuhrmann.

Bezirks-Arbeitsamt
Neuenbürg.
Telefon Nr. 53.
Wir suchen
Dienstmädchen für Privathaushaltungen, **Küchenmädchen** für Hotels mit guten Zeugnissen, sowie 16—18jährige **Burschen** für Landwirtschaft.

Oberamtsstadt Neuenbürg.
Gefunden
ein Fahrrad. Auskunft beim Stadtschultheißenamt.

W. L.
Donnerstag abd. 7 Uhr.

Leicht laufend, stabil und dauerhaft sind meine
Pfadfinder-Räder
mit zweijähriger Garantie
von **68** Mark an.
Nähmaschinen, Sprechapparate, Gummi, Laternen etc.
Preise niedr.
Illustr. Katalog gratis.
Eleka Companie Kassel.
Beste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Schwarzwald-Führer
von **Julius Weis**
empfiehlt
C. Meeh'sche Buchhandlung.

Langenbrand, 29. Juni 1926.

Todes-Anzeige.

Verwandten, Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß unsere liebe Mutter, Groß- und Schwiegermutter

Friedrike Kober, geb. Fischer,

im Alter von nahezu 65 Jahren sanft entschlafen ist.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung Mittwoch nachm. ½3 Uhr.

Zur Vertilgung von Feldmäusen und Ratten

ist **Mäuse-Gift-Weizen, Mäuse-Gift-Hafer, Phosphor-Latwerg und Meerzwiebel**, das idealste und billigste Vertilgungsmittel. Ferner empfehlen wir: **Raupenleim, Ia. Obstbaumkarbolineum, Uraniagrün, Saatbeize usw.**

Helfer, Desinfektions-Anstalt, **Pforzheim**, Gilterstr. 21, Fernsprecher 1923.